

## VOM SCHUTZ DER RASSE ZUM KLIMASCHUTZ

*Der »Klimawandel« als die neue »Judenfrage«*

---

### I Inverse Parallelen

Der NS-Staat setzte eine duale ideologische Priorität, der er alles andere unterordnete: den Schutz der indigenen Rasse und somit die Konsolidierung ihres Lebensraumes. Im Klimastaat<sup>1</sup> verliert das indigene Volk nicht nur den institutionellen Schutz, sondern auch den eigenen Lebensraum, der ihm nun zunehmend als Quelle von Bürden, Auflagen und Gefahren entgegentritt. Fast scheint es, als solle das Volk für die Gräueltaten büßen, die jenes Regime in seinem Namen begangen hatte.

Die offene Erniedrigung und Abstrafung der und des Deutschen setzte sich in der Merkel-Ära schleichend durch, beginnend mit der Ächtung aller national oder patriotisch geprägten Symbole, Werte und Begriffe – unter ihnen die Hymne, die Fahne und das Wort »Volk« selbst – bis schließlich zur Abwertung der Einheimischen zu den »schon länger hier Lebenden«. Aus dieser abfälligen Pauschale folgt übrigens, dass »Wir schaffen das« keineswegs die ganze Bevölkerung als Solidargemeinschaft einbeziehen sollte – was in diesem Kontext widersinnig wäre –, sondern nur die xenophilen globalistischen Anhänger der großen Transformation.

Wenn, wie es scheint, aus linksprogressiver Sicht<sup>2</sup> alles am Deutschtum, als zutiefst schuldverstrickt, nur Ekel und Abscheu weckt, so äußerte und äußert sich die daraus folgende Verachtung auf drei Ebenen, die alle mit dem vermeintlichen Anspruch auf Lebensraum zu tun haben, der heute als anmaßend bestritten wird.<sup>3</sup>

Um jedoch zu verstehen, inwiefern der Klimastaat eine Inversion des NS-Staates mit starken Parallelen ist, muss man zunächst erkennen, dass er den gemeinsamen Lebensraum des indigenen Volkes in eine schutzbedürftige, weil krisenhafte Klimazone umdefiniert und zu dessen Lasten beschlagnahmt – mit den entsprechenden soziopolitischen Konsequenzen.

Die erste aus der Klimakrise gezogene Konsequenz lautet, dass Ideologie vor Recht geht, und bildet damit die augenfälligste Parallele.

Ebenso wie einst Superiorität der arischen Rasse wird der Primat des Klimas und seine Gefährdung auf »wissenschaftliche Erkenntnisse« gestützt. Dabei gelten fünf unterschiedliche Aussagen als gesichert: 1. Wir beobachten einen Klimawandel. 2. Dieser ist lebensbedrohlich. 3. Er ist menschengemacht. 4. Schuld ist das CO<sub>2</sub> (ehemals: »der Jude«). 5. Es lässt sich durch gezielte Gegenmaßnahmen bekämpfen. Korollar: Alle verfügbaren Mittel müssen in den Schutz des Klimas (ehemals »der Rasse«) fließen; ihm sind alle anderen Belange unterzuordnen.

Eine nähere Analyse der Hypothesen zeigt aber, dass ihre wissenschaftliche Basis ebenso dünn ist wie die des Rassenwahns und ebenso wenig wie dieser eine Ermächtigung zu harten Sanktionen begründet.

Der Befund des »Klimawandels« beruht auf einer Extrapolation sehr lückenhafter, erdgeschichtlich junger empirischer Werte oder besser, einer statistischen Auswertung von Temperaturen und anderen Wetterdaten. Aus ihnen wird abgeleitet, dass die Durchschnittstemperaturen seit etwa hundert Jahren tendenziell steigen und weiter steigen werden. Der Begriff »Klima« erschließt sich dabei nur im Sinne der Dramatisierung. Denn er bezeichnet keine messbare Größe, weswegen es ein »Erdklima« als Gegenstand empirischer Forschung nicht geben kann. Das Klima ist eine Fiktion analog zur Rasse, mit ähnlichem politischem Kalkül.

Damit gelten die aus den Statistiken abgeleiteten Prognosen offiziell als so zuverlässig, dass sie Opfer der breiten Masse in allen Lebensbereichen rechtfertigen. Zwei Kontextvariablen lassen indes an ihrer Seriosität zweifeln. Die eine bestünde darin, das unten

---

1 Zu dem an Robert Jungks »Atomstaat« angelehnten Begriff siehe Peter J. Brenner, »Der Klimastaat«, in: *TUMULT*, Winter 2023/2024, S. 7 ff.

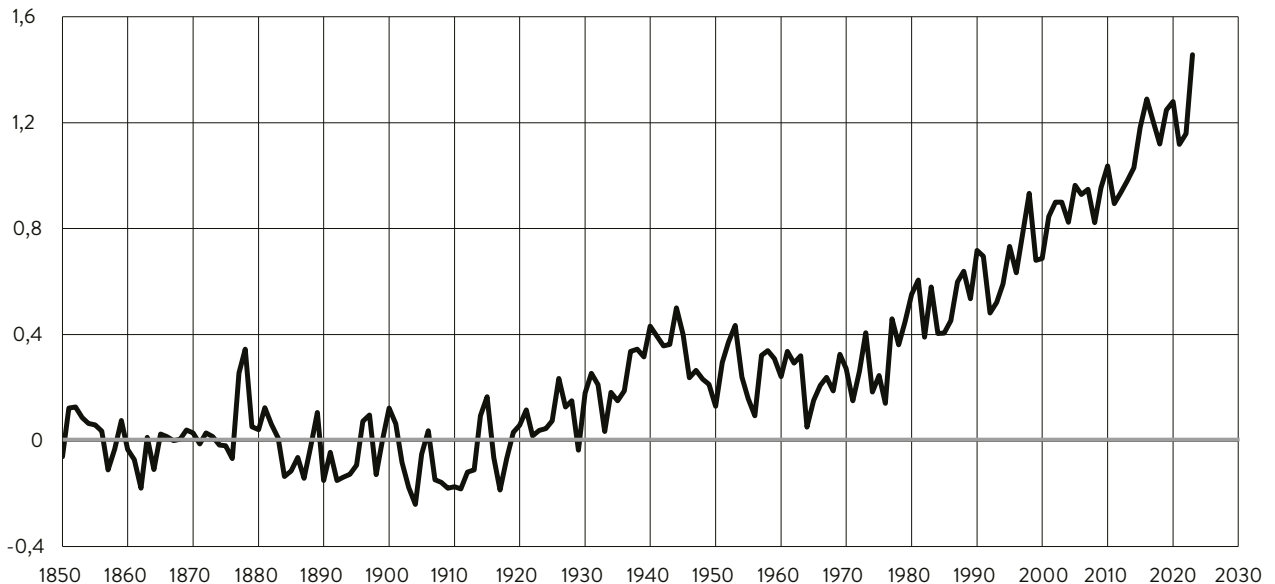
2 Die durchaus schon dem Blick des DDR-Regimes auf den Westen entsprach.

3 Das zeigte schon Merkels Reduktion der Bürgerrechte auf bloße Sesshaftigkeit; doch davon leiteten sich in der Folge diverse Forderungen her, Eingriffe in Besitz und Eigentum durchzusetzen, um Wohnraum und Ressourcen »gerechter« zu verteilen, nach dem Motto »illegal = schießegal«.

abgebildete Diagramm des Umweltbundesamtes<sup>4</sup> in ein solches für die gesamte erforschte Erdgeschichte einzubetten. Die andere wäre seine Übernahme in ein Börsenblatt, um es als Aktienchart zu lesen.

bei dieser monothematischen Zuspitzung nicht um die Auflösung eines heillosen demokratischen Wirrwarrs geht – wie in Bezug auf das Ende der Weimarer Republik häufig behauptet wird –, sondern darum,

#### Abweichung der globalen Lufttemperatur vom Durchschnitt der Jahre 1850 bis 1900\* (in Grad Celsius)



\* Die Nulllinie entspricht dem globalen Temperaturdurchschnitt der Jahre 1850 bis 1900.

Beide Varianten legten eine deutliche Relativierung nahe, erst recht dann, wenn man bedenkt, dass die CO<sub>2</sub>-Hypothese auf die empirisch unsinnige Behauptung hinausläuft, man könne *alle anderen* möglichen Ursachen für »den Klimawandel« definitiv ausschließen. Ebenso unsinnig ist die rein spekulative und empirisch überhaupt nicht begründbare Aussage, man könne durch gezielte Maßnahmen »das Klima« (oder auch nur die durchschnittliche Erdtemperatur) beeinflussen. Bei nüchterner, kritischer und empirischer Prüfung haben wir es hier mit einer Strategie zu tun, die an die Praxis erinnert, etwas dringend Benötigtes im Schein einer Laterne zu suchen, weil es ansonsten absolut unauffindbar wäre.

Doch wie oben schon avisiert, spielt »die Klimakrise« eine wichtige ideologische Rolle. Ähnlich wie »die Judenfrage« engt sie das Spektrum politischer Alternativen, also den demokratischen Handlungsspielraum, extrem ein und transformiert alle vermeintlich diskussionsoffenen Positionen in existenzielle Probleme – mit selbstverständlich gravierenden Auswirkungen für die Machtbefugnisse der Exekutive.

Im Sinne der oben angesprochenen Parallele zwischen NS-Staat und Klimastaat erkennt man, dass es

einen Dreh für die Ermächtigung des politischen Regimes ohne Rücksicht auf das Parlament aus dem Hut zu zaubern. Dieser Dreh bestand in beiden Fällen darin, ein unanfechtbares Ideal – den »Klimaschutz« respektive den Schutz der »arischen Rasse« – mit einer klar definierten und objektiv (d.h. »wissenschaftlich«) erwiesenen Ursache oder Schuld zu verbinden. Im Kern läuft dieser Dreh darauf hinaus, dass rechtsstaatliche parlamentarische Verfahren zu umständlich seien, um ernste Gefahren abzuwenden.

Merkel hat das Potenzial dieses Drehs erspürt und angesichts der zunehmenden Klimahysterie für die Durchsetzung eines neuen politischen Stils der »Alternativlosigkeit« genutzt. Seitdem es ihr gelungen ist, diesen Stil ohne nennenswerten Widerstand zu etablieren, erinnerten viele ihrer Entscheidungen an Führerbefehle. Interessanterweise betrafen sie nicht nur das Klima, sondern auch andere »Schicksalsfragen«, von denen das Wohl und Wehe des Ganzen abhing und für die sie Tausende von Milliarden Euro teure Antworten fand. Ob Energiewende, Migration oder Pandemie – immer wurden emotionale Reaktionen als endgültige, weil unumgängliche Beschlüsse ausgegeben, die vom Parlament nur noch abzusegnen waren.

Bemerkenswert daran ist nicht nur, dass die »Klimakrise« als ein quasi universelles Phänomen alle Lebensbereiche erfasst hatte, sondern dass die Entscheidungen auch ohne jede Sachkenntnis getroffen werden konnten, eben weil ideologische Zustimmung genügte. Die Gefährlichkeit der Kernkraft, des Islam oder der Corona-Welle hingegen bedurfte offenbar keiner genaueren Analyse, um invasive Eingriffe in Grundrechte zu rechtfertigen. Merkel setzte sich über alle sachlichen Bedenken hinweg und betonte den Primat der Ideologie. Ob Physik, Migrationskunde oder Medizin: Es ging um Machtpolitik, und »diese politische Entscheidung habe ich getroffen«.<sup>5</sup>

Wie oben gezeigt, hatte die Verabsolutierung des »Klimas« zur Folge, dass sich der einst ideologisch ganz anders besetzte, nämlich völkisch beanspruchte Lebensraum, in eine schutzbedürftige Umwelt verwandelte und rechtliche Priorität gegenüber der indigenen Bevölkerung gewann. Diese wird nicht nur marginalisiert, missachtet und verhöhnt, sondern auch unverhohlen in eine Opferrolle gedrängt. Die staatliche Beschlagnahme der Umwelt im Namen einer politisch gefärbten »Ökologie« pervertiert nämlich den Lebensraum in eine Domäne, die nach Belieben zugeteilt, entzogen, verknappt, gesperrt, besteuert, mit Fremden geflutet, präventiv geschlossen oder vor Emissionen geschützt werden kann. Damit ist er Gegenstand einer multiplen Landnahme.

## II Gleichschaltung?

Zwar hatte die »Jungführerin«<sup>6</sup> ihre Methoden nicht von den Nationalsozialisten übernommen. Aber die internationalsozialistische Schule, aus der sie kam, benutzte den gleichen Dreh wie jene, um ihre Ideologie als lebensnotwendige Zukunftsvision anzubieten: Man beschwor eine existenzielle Gefahr und verkündete ein Ideal zur Überwindung der Krise und Ausmerzungen ihrer Ursachen. Gewiss wäre es den Nazis nicht eingefallen, dass ihre Anordnungen »demokratisch aussehen«<sup>7</sup> müssten – bekannten sie sich doch offen zu ihren Zielen. Doch die auf Globalismus gebürstete Variante der »Leadership« geriert sich artig und versteckt ihre Absichten hinter großzügig angelegten, finanzierten und propagierten Initiativen wie »Demokratie leben«.

Obwohl dieses Vorgehen wenig Freiheitsliebe erkennen ließ, rief es im Parlament, in den öffentlich-rechtlichen Medien und im Bildungswesen kaum Opposition auf den Plan, und auch nach dem Regierungswechsel scheint fast der gesamte Mainstream wie

ein Block die Einheitsfront der doktrinären »Klimaschützer« zu unterstützen. Die Erinnerung an liberale Prinzipien und alternative Denkansätze wiederum wird als rechtsextrem und faschistisch desavouiert.

Wenn in einer angeblich offenen Gesellschaft bestimmte Auffassungen gewaltsam unterdrückt oder beharrlich tabuisiert werden, so muss man nach den Motiven der Handelnden fragen. Sie könnten ja ungeachtet des Anscheins von Gleichschaltung durchaus unterschiedlicher Natur sein. Selbst totalitäre Systeme nähren keineswegs nur Angst und Opportunismus, zumal sie ohne Unterstützung durch eine überzeugte Gefolgschaft gar nicht bestehen könnten. Insofern ist zu klären, wie Menschen mit Wahlfreiheit auf Linie gebracht werden oder sich auf Linie bringen.

Hier spielen die Massenmedien eine exemplarische Rolle, da staatliche Ideologien ohne ihre Mitwirkung kaum durchsetzbar wären. Das reflektieren die ethisch und epistemologisch angelegten Grundsätze von zwei einflussreichen Journalisten, die Ideale einer längst vergangenen oder untergegangenen Zeit zu postulieren scheinen. Rudolf Augstein vertrat den publizistischen Imperativ, zu »sagen, was ist«. Das heißt, er forderte genaue Recherche sowie Mut zur Erkenntnis und zur Wahrhaftigkeit. Von Hanns Joachim Friedrichs ist das Gebot überliefert, sich mit »keiner Sache gemein zu machen, auch nicht mit einer guten«.<sup>8</sup>

Während Augstein das stets unabhängige und kritische Magazin *Spiegel* leitete, moderierte Friedrichs Nachrichtensendungen von **ARD** und **ZDF**. Seit 2013 besteht der große Unterschied zwischen jenem und diesen darin, dass Leser ihre Abonnements kündigen oder den Kauf des Blattes einstellen können, wenn ihnen die Haltung nicht mehr passt oder sie sich für dumm verkauft fühlen, was letzthin immer mehr subalterne Redaktionen zu spüren bekommen. Wohingegen die Zuschauer dank Paul Kirchhofs **GEZ**-Gutachten zwar nicht zum Einschalten, wohl aber zur Gebührenpflicht als »Demokratieabgabe« verdonnert bleiben. Insofern könnte man vermuten, dass die beiden erwähnten Journalisten aus jeweils kontextspezifischen Gründen im Klimastaat unter starkem

4 Quelle: [www.umweltbundesamt.de/daten/klima/trends-der-lufttemperatur](http://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/trends-der-lufttemperatur)

5 Siehe *Frankfurter Rundschau* v. 21.1.2021.

6 Oder, wie eine Nachwuchsführerin damals beim **WBF** noch hieß, die »Weltführerin in spe« (*Global Leader of Tomorrow*).

7 Wie Walter Ulbricht Anfang Mai 1945 in Berlin sagte, um »antifaschistische Maßnahmen« anzukündigen. Siehe Wolfgang Leonhard: *Die Revolution entläßt ihre Kinder*. Köln 1955. Neuauflage: Leipzig 1990. S. 406.

8 Einigen Autoren zufolge bezog sich das weniger auf die Moral als auf den Vortragsstil. Siehe dazu <https://uebermedien.de/64851/mit-keiner-sache-gemein-die-wahrheit-ueber-das-hanns-joachim-friedrichs-zitat/>.

Druck in ein moralisches Dilemma geraten wären. Der eine, weil Mut und Zivilcourage keineswegs wohlfeil und bedingungslos empfehlenswert sind, sodass man sie von Kollegen kaum erwarten kann.<sup>9</sup> Der andere, weil Geld nicht stinkt und für viele ein stärkerer Anreiz ist als Selbstachtung.

Wenn sich die Grundhaltung der Leitmedien unter Merkel, entgegen den Maximen Augsteins und Friedrichs, von kritisch hin zu wohlwollend verschoben hat, so muss das freilich nicht auf Käuflichkeit beruhen. Näher liegt die Annahme, dass viele jüngere Journalisten die Devisen der beiden einfach nicht teilten und meinten, es sei durchaus legitim, eine gute Sache durch Tun und Unterlassen zu fördern.

Die »gute Sache« fiel ihnen ja augenscheinlich durch die Wahl Merkels in den Schoß: Sie ließ sich als Frau lesen, und das als erste im Amt! Sie förderte Frauen (die in den Medien stark vertreten sind). Sie förderte in der CDU die Sache der Grünen (dito). Und sie hatte offenbar erkannt, dass Ideologen das Gute ungern demokratisch-rechtsstaatlichen Finessen opfern, was ihr auch den Beistand der Linken (dito) sicherte.

Unglücklicherweise entwickeln sich die von Merkel unter medialem Beifall gerufenen Geister – die Energiewende, die Landnahme und die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat – zu veritablen Monstern, was die Leitmedien vor erhebliche Probleme stellt. Je sichtbarer die katastrophalen Folgen werden, desto weniger lassen sie sich leugnen. Sie als solche zu benennen und anzuprangern verbietet sich jedoch für die willige Journaille, da sie auf diese Weise sich selbst beschuldigen müsste. So wächst der Elefant im Raum und mit ihm die Kunst, ihn zu übersehen.

Diese Heuchelei wirkt auf die verschiedenen Mediensparten in unterschiedlicher Weise zurück. Im Marktsektor sinken die Auflagen und damit die Personalbestände. In dem durch Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Sektor sinken dagegen lediglich die Einschaltquoten, sodass man weiterhin Propaganda treiben kann. Die frustrierten Bürger weichen derweil auf Soziale Netzwerke wie X oder auf Chatgruppen aus, um sich ungefiltert zu informieren oder ihrer Empörung Luft zu machen, weshalb Bestrebungen zunehmen, diese unter Kontrolle zu bringen und Kryptierung zu verbieten.

Unterdessen findet das Gleichnis vom Frosch, der bei stetig erwärmtem Wasser den Zeitpunkt zum Absprung verpasst und lebendig gekocht wird, eine groteske Bestätigung, in allen drei Bereichen: Die Kosten der Energiewende steigen ins Unermessliche, ohne

Erfolge zu zeitigen, eher im Gegenteil. Die Kosten der Migration – unauflöslich mit jenen verquickt – steigen ebenso und nähern sich einem suizidalen Kippunkt. Und die Kosten der aus beiden resultierenden Restriktionen drohen die Grundlage für eine offene, freiheitliche Gesellschaft endgültig zu zerstören.

### III Klima- und Umweltschutz als Antipoden

Wie gezeigt, beruht die Transformation der Bundesrepublik in einen Klimastaat trotz aller widrigen Konsequenzen auf einem Heilsversprechen. Doch in Anbetracht der destruktiven Nebenwirkungen erscheint das ganze Projekt der Energiewende so widersprüchlich und willkürlich, dass man es, wie eingangs vermutet, als bloßen Vorwand für eine Strafaktion am schuldbeladenen deutschen Volk auffassen könnte.

Simple Fragen geben uns unlösbare Rätsel auf. Wie kann ein kleines Land das »Erdklima« retten? Wie kann man Kernkraft ablehnen und dauernd Atomstrom vom Ausland nutzen? Wie kann man eine moderne Industriegesellschaft führen, ohne an den Fortschritt der modernen Reaktortechnik zu glauben? Wie kann es klimaförderlich sein, ganze Infrastrukturen zu zerstören, statt die bestehenden zu optimieren?

Jenseits solcher Fragen gibt es ein noch ärgeres systemisches Problem, und zwar den intrinsischen Konflikt zwischen »Klimaschutz« und »Umweltschutz«. Sein Grundmuster wurde schon erwähnt. Die Auswechslung einer ganzen Infrastruktur mag dem Klima dienen, verschlingt jedoch Ressourcen und schadet damit der Umwelt – und das sogar vollkommen sinnlos oder sogar ruinös, wenn der Markt den Umschwung nicht trägt.<sup>10</sup> Der Konflikt ist im Klimastaat allgegenwärtig und damit zugleich Programm.

Beim E-Auto wird die rein präventive CO<sub>2</sub>-Reduktion erreicht, indem man – andernorts und oft durch Kinderarbeit – Unmengen von Lithium, »Kobold« und Metallen der Seltenen Erden abbaut, die später aufwändig recycelt werden müssen. Noch unsinniger ist der Ausbau der Windenergie. Bei Windrädern beschränkt sich die CO<sub>2</sub>-Belastung im Wesentlichen auf Mengen, die bei Produktion, Transport und Entsorgung entstehen. Für diesen Beitrag zum Klimaschutz müssen gewaltige Flächen versiegelt, zahllose Bäume gefällt, Kulturlandschaften verunstaltet, das Leben vieler Vögel und das Wohlbefinden nicht weniger Menschen geopfert werden – wobei der Einfluss auf das Wetter ungeklärt ist.

Wenn die deutlichste Parallele zwischen Klimastaat und NS-Staat darin besteht, dass beide ein Konstrukt

heiligen, nämlich die Einheit von Klima und Umwelt respektive von Rasse und Volk, so setzt sie sich in der Stringenz ihrer Rettungsmaßnahmen fort. Wie ehemals der Jude als der zu bekämpfende Feind galt, so heute der Emittent von CO<sub>2</sub>. Das führte damals wie heute zu einem bizarren Zwiespalt, der als Indikator dafür gelten kann, dass beide Ideale konstruiert und in sich widersprüchlich sind. Die Willkür der Rassenideologen offenbarte sich beim Problem der »Mischlinge«. Die Klimaideologen nehmen immer weniger Rücksicht darauf, dass ihre Kampagnen erhebliche Umweltschäden anrichten. E-Autos und Windparks, um nur zwei prominente Beispiele zu nennen, sind die »Mischlinge« von heute: Klimarettung auf Kosten der Umwelt.

Angesichts derart eklatanter Diskrepanzen zwischen Anspruch und Resultat stellt sich die Frage, ob das Klimaideal im gleichen Sinne mit einer echten Überzeugung einhergeht, wie es beim Rassenideal häufig der Fall war. Endet hier die Parallele, weil »Alles für das Klima« ganz anders geartet ist als die heute verbotene (wiewohl auf die 48er-Bewegung zurückgehende) Losung »Alles für Deutschland«?

Beide Devisen haben totalitären Charakter. Allerdings ist das Klima eine Fiktion, mittlerweile eine perverse Verdinglichung des Abstrakten, um Wetterkapriolen zu erklären,<sup>11</sup> wohingegen Deutschland im 19. Jahrhundert Realität geworden war. Dennoch war das Deutschland der NSDAP genauso eine Phantasmagorie wie das Klima der heutigen Vordenker, und man kann es als das Wesensmerkmal einer jeden Ideologie bezeichnen, dass sie ihre Fiktion über die Realität stellt und bedenkenlos durchsetzen will, auch wenn ihr totales Scheitern nicht mehr zu vertuschen ist.

Im Fall der Energie- und Umweltpolitik zieht sich als Grundmotiv durch alle Maßnahmen, dass die Beschwörung potenzieller Gefahren es rechtfertigen soll, reale Defizite und exorbitante Kosten in Kauf zu nehmen. Das gilt für die überstürzte Abschaltung von Kraftwerken ebenso wie für das Verbrennerverbot. Eine rationale Planung würde dagegen auch aus ökonomischen Gründen alte Techniken nur dann aufgeben, wenn sie kein Entwicklungspotenzial mehr bieten und die neuen konsolidiert sind.

Jedoch kann man die Politik des Klimastaates nicht einfach als irrational bezeichnen, da sie einer Rationalität eigener Art folgt. Wenn es gelingt, ein Konstrukt als ideologische Basis des staatlichen Handelns zu etablieren, so kontaminiert dies alle Bereiche der Lebenswelt und lässt auch die Kriterien der Rechtmäßigkeit und Verlässlichkeit ins Fiktive abgleiten. Derart gewinnt

der Staat zunehmend die Deutungshoheit in sozialen Konflikten – mit Etiketten wie »Klimaleugner«, »Rassist« oder »Rechtsextremist« –, um jede Kritik schon im Keim zu ersticken.

Helmut Schelsky hat schon Ende der 1970er Jahre erkannt, dass Ideologen dazu neigen, so viele Bürger wie möglich »materiell und vor allem in ihrem Selbstverständnis hilflos und hilfsbedürftig, also unselbständig zu erhalten«, um ihre Macht zu festigen.<sup>12</sup> Dabei berief er sich auf Kant, der es zur Bedingung der »bürgerlichen *Selbständigkeit*« erklärt hatte, »seine Existenz und Erhaltung nicht der Willkür eines anderen im Volke, sondern seinen eigenen Rechten und Kräften verdanken zu können.«<sup>13</sup> Kant betont, dass sein Ideal der Emanzipation durch kritische Vernunft einer soliden gewerblichen Basis bedürfe.<sup>14</sup> Das haben die idealistischen Interpreten der Welt offenbar übersehen, wohingegen die eher materialistisch gesinnten Sozialisten, ob nationaler oder internationaler Ausrichtung, die politische Relevanz dieses Vorbehaltes sehr genau verstanden und stets darauf gebaut haben, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Daraus erklärt sich der Primat von Planung und Organisation sowohl im NS-Staat als auch in kommunistischen Systemen.

Dies allerdings auf Kosten der kritischen Vernunft, die es nun ja »aufzuheben« gilt. Wenn das Regime proklamiert, selbst die Emanzipation zu vollenden, muss Kritik – als Verrat am zu verwirklichenden Ideal – entweder durch breit gestreute Abhängigkeiten unterbunden oder durch moralisches Verdikt und abschreckende Sanktionen abgewürgt werden. Die »wohltätigen« Begründungen dafür klingen in allen Ideologien, die Weltgeltung anstreben, ähnlich. Im Klimastaat lautet die ultimative Legitimation für den kompletten Umbau der Gesellschaft so: »Klimaschutz ist so gesehen eigentlich das falsche Wort. Wir schützen, wenn wir das Klima schützen, Freiheit, menschenwürdiges Leben, Menschlichkeit auf der Erde.«<sup>15</sup>

9 So schrieb Bruno Frei über den arg malträtierten Journalisten Carl von Ossietzky: »Er hätte nicht wie ein Aristokrat denken dürfen, sondern wie ein Trapper, der einer Wolfsrotte ausweicht.« (in: Carl v. Ossietzky – Ritter ohne Furcht und Tadel. Berlin 1966, S. 8.) Augstein selbst saß 103 Tage in Haft.

10 Nicht nur das E-Auto bietet ein anschauliches Beispiel dafür, dass die Energiewende eigentlich mit einer staatlich organisierten Planwirtschaft einhergehen müsste (die auch angestrebt sein dürfte).

11 Seit langem hört und liest man allenthalben: »Das liegt am Klimawandel.«

12 Helmut Schelsky: Der selbständige und der betreute Mensch. Berlin 1978, S. 18.

13 Immanuel Kant: Metaphysik der Sitten, zit. n. Schelsky, ebenda, S. 27.

14 Der aus dem Mittelalter stammende Spruch, »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing«, galt damals offenbar noch nicht für alle Universitäten.

15 So Robert Habeck bei der OMR-Konferenz am 7.5.2024.